

Dr. ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
 Bundesministerin für Justiz

Mag. Wolfgang Sobotka
 Präsident des Nationalrats
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.701.613

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)8170/J-NR/2021

Wien, am 6. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Maximilian Köllner, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 6. Oktober 2021 unter der Nr. **8170/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die wiederholten Attacken der ÖVP gegen die Justiz, insbesondere Staatsanwaltschaften und ermittelnde Stellen gerichtet.

Diese Anfrage wird nach den vorliegenden Informationen wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

- *1. Welche Pläne gibt es seitens des Bundesministeriums für Justiz, den immer häufiger und intensiver auftretenden Attacken gegen die Unabhängigkeit der österreichischen Justiz, wie zuletzt durch die ÖVP, entgegenzutreten?*
- *2. Wie schützt das BMJ die Vertreterinnen und Vertreter der österreichischen Justiz vor politisch motivierten Angriffen von außen? Welche Maßnahmen/Möglichkeiten kann das Ministerium hier zum Einsatz bringen?*

Den über die Medien ausgetragenen Angriffen auf einen namentlich genannten Oberstaatsanwalt der WKStA wurde mit Presseaussendungen durch das Bundesministerium für Justiz begegnet. Die Aufgabe des:der Bundesminister:in für Justiz ist es, dafür zu sorgen, dass die staatsanwaltschaftlichen Behörden ihre Ermittlungen objektiv und ungestört führen können.

Zur Frage 3:

- *Gab es bislang Gespräche zwischen Vertreterinnen und Vertretern der Regierungsparteien, die die oben genannten Attacken der ÖVP zum Thema hatten?*
 - a) *Wenn ja, wann und mit wem?*
 - b) *Wenn ja, zu welchem Ergebnis führten diese Gespräche?*
 - c) *Wenn nein, warum nicht?*

Ich habe wiederholte Male öffentlich und auch in bilateralen politischen Gesprächen gefordert und klargestellt, dass Einschüchterungsversuche und Angriffe auf die Justiz zu unterlassen sind und diese ungestört ermitteln können muss.

Zur Frage 4:

- *Wie reagiert das BMJ konkret auf die in der Anfrage beschriebene Pressekonferenz der stellvertretenden ÖVP-Generalsekretärin und Nationalratsabgeordneten Gaby Schwarz?*

Das Bundesministerium für Justiz sieht sich auf Grund von unklaren Wortmeldungen einzelner Abgeordneter nicht zu einer Reaktion auf diese veranlasst.

Zur Frage 5:

- *Gab es nach der Pressekonferenz vom 28.9. Interaktionen seitens der ÖVP mit dem Bundesministerium, in denen die angesprochenen Gerüchte über eine bevorstehende Hausdurchsuchung in der ÖVP-Bundeszentrale thematisiert wurden?*
 - a) *Wenn ja, wann und zwischen wem?*
 - b) *Wenn ja, worum ging es dabei konkret?*

Zu derartigen „Interaktionen“ liegen keine Informationen vor.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

